

19. Landesparteitag

6. November in Zerbst



Beschluss: **Strategie gegen Rechtsextremismus**

Für eine entschlossene Strategie gegen Rechtsextremismus in unserem Land

- 5 Eine Spur rechtsextremer Gewalttaten, Anschläge und Morde zieht sich durch die junge Geschichte des wiedervereinten Deutschland. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag ist ein Höhepunkt rechtsextremer Aktivitäten, die zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit zu werden drohen. Die rechten Gefahr fordert die Grundfesten unserer demokratischen Bürgergesellschaft mehr denn je seit der Wiedervereinigung heraus. Anfangs sprachen viele noch von absoluten Ausnahmen, Trotzreaktionen oder von Protestwahlen frustrierter Bürger und Bürgerinnen - allerspätestens die Wahlen in Sachsen haben
- 10 plakativ gezeigt, dass Rechtsextremismus in Deutschland eine neue Qualität erreicht hat. Rechts zu sein, rechts zu wählen ist für weite Teile der Bevölkerung nichts mehr, dessen man sich schämen müsste, das man nur hinter vorgehaltener Hand tut, sondern wird schleichend zu einer alltäglichen Selbstverständlichkeit. Rechtsextreme Parteien haben Aktivisten gefunden, die den Anschein des netten Nachbarn verkörpern - manchmal ist es der nette Fahrlehrer, der ordentliche Handwerksmeister, der fürsorgliche Stadtrat, Menschen, denen man seine Sorgen und Nöte anvertraut und denen man deren Lösung zutraut. Rechtsextreme Aktivisten haben das Image des aus dem Westen zugewanderten Politikkarrieristen abgelegt, versuchen als ganz "normale" Politiker aufzutreten, versuchen die NPD als ganz "normale" Partei erscheinen zu lassen - und immer öfter gelingt ihnen dies.
- 15
- 20 Dass das so ist, hat viele Gründe. Einer davon ist das Versagen der demokratischen Institutionen, unserer Zivilgesellschaft, die in weiten Teilen meint, rechtsextremes Gedankengut wäre nur eine Folge wirtschaftlicher und sozialer Frustrationen und rechtes Wahlverhalten nur Mittel eines politisch ungebildeten Protestes. Die meinen, rechts- und linksextremes Denken wären nur die zwei Seiten derselben Medaille.
- 25 Es gibt keinen Konsens der demokratischen Mitte im Umgang mit rechtsextremem Gedankengut. Die Strategien des Umgangs reichen vom Aufgreifen rechter politischer Ziele durch die Volksparteien unter dem Deckmantel des Ernstnehmens der Sorgen der Bevölkerung bis zum Ignorieren dieser Tendenzen in der Hoffnung, rechtsextreme Parteien in den Parlamenten würden sich selbst entlarven. Der Grundkonsens der demokratischen Gesellschaft, dass es niemandem erlaubt ist, einen anderen Menschen wegen seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seiner Religion oder seines Geschlechtes zu diffamieren, zu diskriminieren, zu verfolgen, einzuschüchtern, zu misshandeln oder zu ermorden, droht verloren zu gehen. Aber in dem Maße wie es tolerierbar wird, dass einzelne Menschen oder Gruppen weniger Rechte haben, weniger Schutz genießen, weniger wert sind als die Mehrheit, bröckeln die Fundamente unserer offenen, demokratischen Gesellschaft.
- 30
- 35 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein die Rückbesinnung auf den Grundkonsens aller demokratischen Gesellschaften auf dieses Wertefundament. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalt auf, endlich offen und offensiv über Rechtsextremismus im Land aufzuklären. Rechte Bewegungen und Umtriebe müssen bekannt sein, rechte Straftaten müssen schonungslos beim Namen genannt werden. Aber auch der schleichende Einzug von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Behörden und Unternehmen, im Alltag muss benannt werden.
- 40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung und alle im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien auf, vorhandene Institutionen und Instrumente für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht weiter zu diffamieren, sondern konsequent zu unterstützen und dafür auch die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.
- 45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, aber auch alle Bürger auf, sich klar zur Unantastbarkeit des Lebens, der Würde und der Rechte aller Menschen zu bekennen und zur Sicherung dieses Konsenses zusammenzuarbeiten.
- 50 Der Landesverband Sachsen-Anhalt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird alle Unternehmungen zum Schutze des demokratischen Konsenses unterstützen und das Gespräch mit allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen suchen, um eine breite gemeinsame Plattform der Demokraten gegen Rechts zu schaffen.